

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 83 (1989)
Heft: 4

Artikel: Brasiliens blutiger Landkonflikt
Autor: Ludin, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143467>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brasiliens blutiger Landkonflikt

Über 1000 brasilianische Kleinbauern und Landarbeiter kamen seit 1980 bei Konflikten um Grund und Boden ums Leben. Nachdem die Verfassunggebende Versammlung im Mai 1988 den Entwurf zu einer längst fälligen Landreform abgelehnt hatte, war der Weg zu einer friedlichen Regelung der akuten Landfrage vorläufig verbaut. Beobachter befürchten für die nächsten Jahre und Jahrzehnte in Brasilien einen Bürgerkrieg. Schon in den letzten Jahren gab es heisse Phasen des Konflikts, in denen täglich ein Mensch getötet wurde.*

Eine Minderheit von rund 170 000 Privilegierten besitzt den allergrössten Teil des brasilianischen Bodens. Einige dieser «Fazendeiros» (Grossgrundbesitzer) verfügen über Ländereien, die ungefähr so gross sind wie die Schweiz. Brasilien gehört somit zu den Ländern mit der grössten Eigentumskonzentration an Grund und Boden. Das Nachsehen haben die ungefähr 12 Millionen Bauern, die mit ihren Familien die Masse der 30 bis 40 Millionen «Sem Terra» («Landlosen») bilden. Die Wanderarbeiter unter ihnen verdingen sich für nicht einmal 20 Franken in der Woche auf den Farmen (bei einer Arbeitszeit von sechsmal 12 bis 14 Stunden!).

Unersättliche Reiche

Der brasilianische Landkonflikt ist ein anschauliches Beispiel für die Tatsache, dass die Reichen immer reicher werden. Mangelhafte Gesetze und eine korrupte Verwaltung erlauben ihnen, die Armen immer mehr an den Rand zu drängen. In diesem perfiden und blutigen Prozess vertreiben die «Grileiros» (Landerschleicher) oft unter dem Einsatz von kleinen, gut ausgerüsteten Privatarmeen die «Posseiros» (Kleinbauern) aus ihrer Heimat. Die Schwerpunkte dieser Konflikte liegen im Nordosten und im Amazonasgebiet.

Die Posseiros sind Bauern, die Brachland in Besitz genommen und bebaut haben. Zum Teil wohnen ihre Familien schon seit Generationen auf dem Grundstück, zum Teil kamen sie in den letzten Jahren auf der Flucht vor der Dürre aus andern Gebieten Brasiliens dorthin. Nach dem Gesetz können sie das Eigentumsrecht über ein maximal 25 Hektaren grosses Landstück erwerben, wenn sie den Boden seit wenigstens einem Jahr und einem Tag bearbeitet haben. Das Nachweisverfahren ist jedoch langwierig und teuer.

Bis in die sechziger Jahre hinein war in Brasilien für alle genügend Land vorhanden. Kaum ein Bauer sah darum die Notwendigkeit ein, das von ihm bebaute Grundstück registrieren zu lassen. Sollte ihm ein anderer den Boden streitig machen, liess sich leicht ein anderes Stück Land finden, auf das er sich zurückziehen konnte. Mit dem Aufkommen des modernen Agrobusiness verschlimmerte sich die Situation. Indem der Boden zum Spekulationsobjekt verkam, wurde er knapp. Reiche Stadtbewohner aus der Region und vielfach auch aus dem industrialisierten Süden lassen sich über Gebiete Besitztitel ausstellen, um dann in grossem Stil Rinderzucht zu betreiben. Einen anschaulichen Eindruck von der Grösse dieser Fazendas bekamen wir in einem Provinzstädtchen des Nordostens, als die Rinder einer Farm im Laufschrift durch die Strassen getrieben wurden. Während zehn Minuten sahen wir «lauter Ochs, lauter Kuh» ...

Damit die Rinder der Reichen die Armen verdrängen können, müssen oft Grileiros auf den Plan treten. Sie bestechen einen Grundbuchbeamten oder setzen ihn politisch unter Druck, damit er das gewünschte, bisher unregistrierte und damit «öffentliche» Land auf ihren Namen einträgt. Mit dem erschlichenen Eigentumstitel in der Hand zäunen die Fazendeiros das Grund-

stück mit Stacheldraht ein und fordern die hier ansässigen Kleinbauern auf, sich zurückzuziehen. Oft werden Dutzende von schwerbewaffneten Banditen («Pistoleiros») angeheuert, um die Bevölkerung ganzer Dörfer einzuschüchtern. Nützt alles nichts, lässt sich meistens die Militärpolizei dank guten Beziehungen «organisieren».

Als wir im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão mit einem deutschen Franziskaner, der hier Basisgemeinden betreut, ins Landesinnere fuhren, machte er uns öfters auf Mangobäume aufmerksam, die mitten in den eingezäunten Viehweiden standen: «Hier war bis vor kurzem ein Dorf. Ich musste erleben, wie mir in den letzten Jahren Basisgemeinden von ihrer nahe bevorstehenden Auflösung schrieben. Ihre Dörfer würde es bald nicht mehr geben.»

Wie wenig glaubhaft die Eintragungen ins Grundbuch sind, illustriert die Aussage eines ehemaligen Gouverneurs von Maranhão, wonach die Summe aller in seinem Bundesstaat registrierten Grundstücke das Dreifache der tatsächlich vorhandenen Fläche ausmacht!

«Märtyrer der Landpastoral»

Aus den zahllosen Fällen von blutigen Landkonflikten greifen wir einen typischen heraus. Am 14. Februar 1988 kam eine Schar von Pistoleiros in drei gepanzerten (!) Fahrzeugen in das Dorf Aldeia bei Bacabal (Maranhão). Sie schoss wahllos um sich und tötete dabei einen Landarbeiter. Dann verbrannte sie dreissig Häuser. Schon zwei Wochen vorher war im gleichen Dorf ein Landarbeiter bei einem Überfall umgekommen.

Die meisten Politiker gehören zur Kaste der Grossgrundbesitzer. Kaum ein Bürgermeister, der nicht spätestens am Ende seiner Amtszeit eine Fazenda besitzt! So ist es nicht erstaunlich, dass die Urheber solcher Überfälle nicht bestraft werden, obwohl sie der ganzen Bevölkerung bekannt sind. Ein Polizeichef rechtfertigte seine Untätigkeit mit der Ausrede, es fehlten ihm für die Ermittlungen die nötigen Mittel wie ein eigenes Polizeiauto, eine Sekretärin und eine Schreibmaschine ...

Neben ganzen Dörfern, die ausgelöscht werden, sind Einzelpersonen die Zielschei-

be des ländlichen Terrors. Bauernführer, Rechtsanwälte und Priester, die sich für die Rechte der Kleinbauern und der landlosen Bevölkerung einsetzen, sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Als sich der Franziskaner, den wir besuchten, mit seinen Mitbrüdern für die von der Vertreibung Bedrohten einsetzte, kam er auf eine Todesliste. Gleichzeitig liessen die Grossgrundbesitzer verlauten: «Blut muss fliessen, als erstes das Blut der deutschen Franziskaner».

Dank dem Druck ihrer Heimatprovinz und den dadurch ausgelösten Demarchen von Bundesaussenminister Genscher verlief die Auseinandersetzung für die Deutschen glimpflich. Andere Priester wurden umgebracht, wobei die Mörder zum Teil nicht vor perfiden Verleumdungen zurückschreckten. So wurde die Leiche eines ermordeten italienischen Missionars in ein Bordell gebracht und sein «Herztod» in allen Medien publik gemacht.

Der bekannteste «Märtyrer der Landpastoral» ist der im Frühjahr 1986 ermordete 33jährige einheimische Priester Josimo de Moreas Tavares. Sein Bild hängt in unzähligen Buschkapellen und ist auch oft auf T-Shirts zu sehen. Wenige Tage vor seiner Ermordung schrieb er als sein Vermächtnis: «Ich setze mich im Kampf für die wehrlosen und durch Grossgrundbesitz unterdrückten Bauern ein. Wenn ich schweigen würde, wer würde sie verteidigen?» Im klaren Bewusstsein, dass seine Gegner ihre Drohungen wahr machen würden, schrieb Padre Josimo weiter: «Alle nun stattfindenden Ereignisse sind die logische Schlussfolgerung aus meinem Kampf für die Verteidigung der Armen. Das Evangelium hat mich dazu gebracht, diesen Weg bis zur letzten Konsequenz zu gehen. Mein Leben ist nichts wert angesichts so vieler ermordeter, unterdrückter, ihres Landes beraubter Campesinos, die ihre Frauen und Kinder in der Einsamkeit zurückliessen, ohne Liebe, Brot und Wohnung.»

Der Tod von Padre Josimo gehörte zu den wenigen, die gerichtlich abgeklärt wurden. Die brasilianische Regierung musste vor der UN-Menschenrechtskommission zugeben, dass von 261 Mordfällen eines Jahres (1985) nur 27 vor Gericht kamen, wobei ein einziges Verfahren abgeschlossen wurde.

Das «Reformdekret» von 1985

Einen Hoffnungsschimmer für die Landlosen brachte der 1985 vom Präsidenten der «Neuen Republik» verkündete «Plan Sarney». Er versprach, in den Jahren 1985 bis 1989 an 1,4 Millionen Familien insgesamt 43 Millionen Hektaren Land zu verteilen. Dieses «Landreformdekret» stützte sich aber ausdrücklich auf die aus der Zeit der Militärdiktatur stammenden Gesetze. In gewisser Hinsicht ging es sogar hinter den von den Militärs 1964 verkündeten «Estatuto da Terra» zurück. Denn es überliess die Festlegung der «Prioritätsgebiete» den Bundesstaaten, die in der festen Hand der Grossgrundbesitzer sind.

Dies überrascht nicht. Denn Staatspräsident José Sarney gehört mit seiner Familie zu den grössten Fazendeiros des Bundesstaates Maranhão, der so gross ist wie die BRD und die DDR zusammen. Über 90 Prozent des Bodens sind dort in den Händen der Grossgrundbesitzer, die durchschnittlich über 725 Hektaren verfügen. Zum Vergleich: Der Landbedarf einer Bauernfamilie wird meistens mit 20 bis 25 Hektaren angegeben.

Das ohnehin nicht sehr wirksame Dekret wurde zwei Jahre nach seinem Erlass nochmals abgeschwächt. Der Präsident verfügte im eindeutigen Interesse seiner Freunde, dass «produktives Land» nicht enteignet werden könne. Eine kirchliche Zeitschrift bemerkte dazu: «Jeder, der auf einer Fläche von 1000 Hektaren ein paar Stück Vieh weidet, kann nun beweisen, dass sein Land produktiv genutzt wird.»

In letzter Zeit ist es um das «Reformdekret» still geworden. Die neusten Zahlen, die uns über seine Realisierung vorliegen, stammen vom April 1988. Demnach wurde bis zu jenem Zeitpunkt erst an 48 575 landlose Familien Boden verteilt. In einer Zwischenbilanz hatte das Institut für sozio-ökonomische Analysen von Rio de Janeiro ausgerechnet, es werde 1026 Jahre dauern, bis das Plansoll des Dekrets erfüllt sei.

Mörder mit humanitärem Image

Abgesehen von den verhältnismässig wenigen Familien, die durch Sarneys Pläne Boden zum Bebauen erhielten, hatte das Versprechen einer baldigen Landverteilung ins-

gesamt negative Auswirkungen. Denn die Grossgrundbesitzer nahmen das Dekret zum Anlass, sich zu organisieren. Sie gründeten die sogenannte «União Democrática Ruralista» (UDR). Bald darauf brachte das grösste brasilianische Magazin die Titelgeschichte: «Die Fazendeiros bewaffnen sich». In ländlichen Gebieten waren alle Waffengeschäfte ausverkauft.

Obschon die UDR mit ihren Mörderbanden, den Privatarmeen der Pistoleiros, die Landbevölkerung terrorisiert, versucht sie, sich ein humanitäres Image zu verschaffen. Bei unserem Gespräch mit Vertretern ihrer Führung bezeichnete sie ihre Mitglieder als «ländliche Produzenten». Dies tönt besser als «Grossgrundbesitzer». Sie würden das Volk ernähren und durch die Exporterlöse der nationalen Ökonomie unersetzliche Dienste erweisen. Im Zweckparagraphen ihrer Statuten finden wir noch vor dem Hinweis auf das Privateigentum das «Recht auf Leben». Paragraph 4 spricht dann von der «Verteidigung der demokratischen Regierungsform».

Im Stile der anti-sozialdemokratischen Wahlpropaganda europäischer Länder («Die Sozis nehmen Euch das Einfamilienhäuschen weg») warnt die UDR die mittelgrossen Bauern vor der Enteignung ihres Landbesitzes. Im übrigen sind ihre Parolen recht deutlich. «Für jede besetzte Farm ein toter Priester», hiess eine ihrer Losungen. In der Kirche sieht die UDR ihre Erzfeindin, vor allem in den «marxistischen Bischöfen», die auf der Seite der Befreiungstheologen stehen.

Wie sehr die Ideologie der UDR eine Mischung von Perfidie und Dummheit ist, erlebten wir während unseres Gesprächs. Zuerst hiess es, die Kirche würde die landlosen Bauern bewaffnen. Einige Minuten später waren bereits die Albaner die Waffenlieferanten. In Wirklichkeit besteht die «Bewaffnung» der Landlosen höchstens aus einigen alten Jagdgewehren.

Sieg der Grossgrundbesitzer

Einen eindeutigen Sieg konnten die Grossgrundbesitzer der UDR im vergangenen Mai feiern, als dank ihrer massiven Propaganda- und Einschüchterungsaktion auch in der Verfassungsgebenden Versammlung die

Landreform zu Fall gebracht wurde. Ihre Lobby war wirksamer als die Arbeit der Kirchen, die weit über eine Million Unterschriften gesammelt hatten.

Kernstück des vorgeschlagenen Verfassungsentwurfs war Artikel 219 mit der Bestimmung, Land, das seiner sozialen Verpflichtung nicht genüge, könne enteignet werden. Selbst Sprecher des linken Flügels der regierenden PMDB forderten mit Bezug auf Papst Johannes Paul II., der Mensch habe den Vorrang vor dem Eigentum. Die Gegner des Entwurfs beschworen die drohende Destabilisierung der wirtschaftlichen Ordnung auf dem Land. Die Gesellschaft würde aus den Fugen geraten («desorganizarse»). Eine «blutige Revolution» wäre das Endergebnis der vorgeschlagenen Landreform. Ein Abgeordneter des konservativen Centrão brachte gegen die Enteignungsbestimmung das Argument vor, einem Fahrzeuglenker, der sich im Strassenverkehr verfehlt habe, würde ja auch nicht sein Gefährt weggenommen.

In einer tumultuösen Sitzung verwarf die «Constituente» schliesslich mit 267 gegen 253 Stimmen den alles entscheidenden Enteignungsparagraphen. Als der Präsident der UDR das Resultat auf der Tribüne vernahm, stimmte er mit seinen Begleitern die Nationalhymne an. Der Sieg gab der Vereinigung neuen Auftrieb. Sie forderte, künftig auch im Landwirtschaftsministerium und in andern staatlichen Gremien direkt mitzuentcheiden.

Die Landarbeitergewerkschaft hingegen musste feststellen, dass die «Neue Republik» ein Landwirtschaftsgesetz haben werde, das noch schlimmer sei als jenes der Militärdiktatur. Im Hinblick auf die Novemberwahlen (Gemeindebehörden) kündigte sie an, dem Volk das Gesicht seiner Verräter zu zeigen. Trotzdem brachten dann diese Wahlen auf dem Land Siege für die Kandidaten, die der UDR nahestanden. «Was Wahlfälschung ist und Stimmenkauf, kann sich keiner vorstellen», bemerkte ein deutscher Franziskaner in seinem Weihnachtsbrief.

Die bekehrte Kirche

Die (katholische) Kirche hatte Kandidaten aus ihren Basisgemeinden unterstützt. Noch

vor drei Jahrzehnten wäre ein solches kirchliches Engagement an der Seite der Kleinen völlig undenkbar gewesen. Damals betrachteten die Priester die Fazendas noch als ihre pastoralen Stützpunkte. Als Gegenleistung predigten sie die Unverletzbarkeit des durch die «Natur» gegebenen Eigentumsrechts.

In einem schmerzlichen Prozess der Umkehr wechselte die Kirche ihren sozialen Standpunkt. Sie setzte auf die «Option für die Armen» (Medellín 1968, Puebla 1979). Die Fazendeiros und ihre damals regierenden Freunde, die Militärs, sahen darin einen Verrat an der gerechten Sache: «Indem die Kirche für die Campesinos optiert, richtet sie sich gegen uns. Indem sie ihr Bewusstsein schärft, fördert sie die Rebellion.»

Die Kirche lehrte nun, dass die real existierenden Besitzverhältnisse nicht «natürlich» und «gottgewollt», sondern das Resultat von Gewalt und Geldmacht seien. Eine kirchliche Broschüre stellt dazu fest, Land, mit dem man Handel treibe, sei «kapitalistisches Eigentum, das heisst Mittel zur Ausbeutung der sozialen Arbeit». Die Verfasser zitieren hier die brasilianische Bischofskonferenz, die 1980 im Dokument «Kirche und Landprobleme» unmissverständlich festhielt: «Nur derjenige, der das Land bebaut, hat auch ein Recht darauf.» Die Broschüre kommentiert diesen Grundsatz: «Ausschlaggebend für das Recht auf Land ist die Arbeit, die Bearbeitung selber, und nicht das Geld, der Kauf oder Besitztitel. Nur das Kapital trennt zwischen Arbeit/Bearbeitung des Landes und Recht auf Eigentum. Es konstruiert damit Bedingungen für die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit. Die Zusammenfassung der beiden Elemente vorzuschlagen, bedeutet neue Grundlagen für das Recht auf Eigentum vorzuschlagen. Gleichzeitig überlässt man die Eigentümer sich selbst. Man entzieht ihnen an der Wurzel einen Teil ihrer Macht.»

Die nationale Bischofskonferenz äusserte sich in den vergangenen Jahren öfters zur Landfrage. Sie nannte die Besitzverhältnisse ein Unrecht, «das zum Himmel schreit». Die Konzentration des Landes in den Händen weniger sei «sündhaft» und im Widerspruch zum Plan Gottes. Die Bischöfe machten die Landreform zur nationalen Gewissensfrage. Ihre «Campanha de Frater-

nidade» (Aktion Brüderlichkeit), die vergleichbar ist mit der Bewusstseinsbildungsarbeit von Fastenopfer und Brot für Brüder, stellten sie 1986 unter das Thema «Land Gottes, Land der Brüder». An den seither durchgeführten Landwallfahrten, einer Mischung von Prozession und Demonstration, nehmen jeweils die Bischöfe der betreffenden Region teil.

Den wohl wichtigsten Beitrag im Kampf um Grund und Boden leistete die Bischofskonferenz schon 1975 mit der Gründung der Kommission für Landpastoral CPT (Comissão Pastoral da Terra). Die autonom arbeitende Institution will den Landbewohnern helfen, ihre Rechte durchzusetzen. Im Zentrum stehen die Ausbildung der Landlosen und ihrer Leader sowie die Vermittlung von Rechtsberatung. Hinter der CPT steht das theologische Konzept, dass «Evangelisierung sich im Kampf um Gerechtigkeit vollzieht».

Bei der Vertiefung dieser «Landtheologie» stützt sich die CPT sehr stark auf das Alte Testament. Sie entdeckt, dass dort die Landproblematik ein zentrales Thema ist. Jahwe fordere, dass niemand das Land egoistisch in Besitz nehmen und damit andere ausbeuten dürfe.

Exkommunikation reaktionärer Politiker

Die Bischöfe lassen es nicht bei Hirtenbriefen und der Gründung von Organisationen bewenden. Wenn es zu Konflikten kommt, sind viele von ihnen buchstäblich auf der Seite der Armen zu finden. Als der Bischof von Bacabal (Maranhão) während einer Diözesanversammlung von der Zerstörung eines Dorfes hörte, beschloss er, mit allen seinen Priestern und Laienmitarbeitern dorthin zu fahren. Der Verantwortliche der Zerstörung, dem er damals ins Gewissen redete, habe fortan keine ruhige Stunde mehr gehabt, erzählte uns der Bischof. Der bald 75jährige, gemütlich wirkende Dom Pascario Rettler nennt übrigens die URD nicht «ländlich-demokratische», sondern «ländlich-dämonische Vereinigung». Den in Deutschland Geborenen beschimpfen die Fazendeiros abwechslungsweise als Nazi und als Kommunisten.

Als im Frühjahr 1986 der Terror der Grossgrundbesitzer und ihrer staatlichen

Helfer eskalierte und die Verleumdungskampagne gegen die Kirche der Armen einen Höhepunkt erreichte, griffen die Bischöfe von Maranhão zu einer drastischen Massnahme. Sie exkommunizierten den Gouverneur und den Justizminister des Bundesstaates wie auch die Führungsspitze der UDR. Sämtliche elf Bischöfe, darunter der jetzige Vizepräsident der brasilianischen Bischofskonferenz, Paolo Ponte, unterzeichneten das Dokument, in dem sie erklärten, die genannten Personen seien wegen ihren verleumderischen Äusserungen und ihrer «anti-evangelischen Haltung» aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen, bis sie «öffentliche Zeichen der Umkehr» zeigten.

Die Katholiken stehen als Mehrheitskirche mit ihrem Einsatz für die Landlosen nicht allein da. Auch der Nationalrat Christlicher Kirchen Brasiliens (CONIC) greift die ungerechten Besitzverhältnisse an. Nach dem Scheitern der Landreform kündigte er an, er werde in Zukunft seine Forderungen nach Frieden und Gerechtigkeit noch härter vortragen. Das Evangelium fordere Bekehrung und Veränderung, «und dies nicht nur im Herzen und im Denken der Menschen, sondern in ihrer Einstellung, in ihren Beziehungen, Institutionen und Gesellschaftsstrukturen».

Eine ganz andere Position nehmen die von den USA geförderten Sekten ein. Die in den Vereinigten Staaten wegen eines Sexskandals ihres Führers in die Schlagzeilen geratene «Assembleia de Deus» vermag sich besonders zu profilieren. Auf unserer Fahrt in das Landesinnere von Maranhão waren wir erstaunt, fast in jedem hintersten Dörfchen einen Tempel dieser Sekte zu finden. Hier wird Gehorsam gegenüber der Obrigkeit und Zufriedenheit mit dem Bestehenden gelehrt.

Ähnliches lehrt Bischof Bonaventura Kloppenburg (Novo Hamburgo). Er hat in seinem Bistum die von seinen Amtsbrüdern gegründete Kommission für Landpastoral verboten, weil sie von den Befreiungstheologen «gesteuert» werde. Dafür liebäugelt er mit der UDR, weil er «hundertprozentig für die freie Marktwirtschaft» sei und die Unternehmer ja auch die direkte Unterstützung der Kirche brauchten. Kloppenburg musste zwar – vor der Abstimmung – ein-

gestehen, dass eine Landreform «sicherlich notwendig» sei. Viele Landlose, meint er aber, wollten nur deshalb eigenen Boden bekommen, um damit zu spekulieren.

Sklaverei

Auch nach den neusten Meldungen geht der Landkonflikt in Brasilien mit unverminderter Härte weiter. Ende Januar berichtete die «Neue Zürcher Zeitung» von einem Fall in Maranhão, der ihren Korrespondenten an die Zeit der europäischen Bauernkriege erinnerte: «1600 Männer, Frauen und sogar Kinder verteidigten mit selbstgefertigten primitiven Hieb- und Stichwaffen, Spiesen, Streitäxten und nur wenigen Gewehren und Revolvern die besetzte und total brachliegende 50 000-Hektar-Fazenda ‚Terra Bela‘ gegen Pistoleros und Banditen, die der im Staate Pernambuco wohnende Besitzer zu ihrer Vertreibung angeheuert hatte. Dieser selbst steht im Rufe, die Ermordung von mehreren Landarbeitern in Maranhão befohlen zu haben ...» (26. Januar 1989). Die gleiche Ausgabe berichtete von Landarbeitern, die auf einer Fazenda als Sklaven gehalten wurden. Ein 35jähriger, der entfliehen konnte, erzählte, 20 Bauern hätten «aneinandergekettet an der Urbarmachung des Landes arbeiten müssen. Einmal am Tag hätten sie einen Teller Suppe bekommen. Beim geringsten Fehler seien sie von den Aufsehern geschlagen und gefoltert worden.»

Solche Horrorszenen sind keine Einzelfälle. In unsern Unterlagen finden wir eine Statistik, wonach 1986 im Staat Pará 39 Fazendas entdeckt wurden, die Sklaven hielten. Desgleichen flogen in jenem Jahr in São Paulo 37 und in Mato Grosso do Sul 33 Sklavenbetriebe auf. Die betreffenden Landarbeiter wurden meist in entfernten Gegenden angeheuert, wobei ihre Familien eine grössere «Anzahlung» erhielten. Wegen dieses Geldes und den hohen Transportkosten sind die Männer vom ersten Tag an «verschuldet». Sie dürfen die Fazenda erst verlassen, wenn sie die «Schulden» abbezahlt haben.

Zu den neueren Meldungen aus Brasilien gehört auch die nichtabbrechende Serie von Morddrohungen. Zur Zeit stehen 350 Katholiken auf den Schwarzen Listen, dar-

unter auch Kardinal Aloisio Lorscheider (Fortaleza) und Bischof Pedro Casaldáliga (São Felix do Araguaia). Auf einer dieser Listen hatte auch der im Dezember ermordete Arbeiterführer Chico Mendez gestanden. Kurz vor seinem Tod machte ein Inse-rat in einer UDR-Zeitung Andeutungen auf das kommende Geschehen.

Unsere Steaks

Der politische Sieg der Grossgrundbesitzer sowie Mord und Totschlag werden kaum das letzte Wort haben im brasilianischen Landkonflikt. So meinte Kardinal Lorscheider auf die Frage eines Schweizer Journalisten, ob die Landreform in den nächsten zehn Jahren kommen werde: «Sie kommt mit Sicherheit. Ob in den nächsten zehn Jahren, weiss ich nicht. Aber sie wird kommen. Die Kirche wird nicht Ruhe geben, bis sie kommt. Das Bewusstsein der Leute ändert sich. Entweder es kommt die Landreform oder die Revolution.»

Der Kardinal erwartet auch, dass das Ausland auf Brasilien etwas Druck ausübt, damit das Land endlich gerechtere Verhältnisse schafft. Er meint, es wäre schon gut, «wenn mehr darüber gesprochen und geschrieben würde».

Im übrigen ist auch die Schweiz am brasilianischen Landkonflikt nicht ganz uneteiligt. Manche der Rinder, denen die Armen weichen mussten, landen als Steaks auf unseren Tischen. 1986 beispielsweise importierte die Schweiz 3518 Tonnen Fleisch aus Brasilien.

* Der Verfasser studierte auf einer fünfwöchigen journalistischen Reise im Nordosten und im Amazonasgebiet Brasiliens die Landproblematik an Ort und Stelle. Er kann sich ausserdem auf etwa 120 Artikel aus brasilianischen und Schweizer Zeitungen, auf Flugblätter, Missionarsbriefe u.ä. abstützen. Von diesen schriftlichen Unterlagen seien hier nur zwei Broschüren erwähnt, die einen guten Überblick über die Landfrage in Brasilien geben: Die Landpastoral in Brasilien, dt. Übersetzung einer Schrift aus der Reihe «Informes de Pro Mundi Vita – America Latina», 1987, erhältlich bei: Hilfswerk Misereor, Mozartstrasse 9, D-5100 Aachen; Landkonflikt in Brasilien, Heft 27 der Schriftenreihe von Justitia et Pax/BRD, 1988, erhältlich bei: Geschäftsstelle Justitia et Pax, Kaiserstrasse 163, D-5300 Bonn 1.